

"Bologna" wird nachgebessert

Von Gesa Coordes und Jeanette Goddar

Der Überfall endet an der Glastür der Dresdner Bank. Auf Strumpfmasken und Spielzeugpistolen haben die Marburger Studierenden verzichtet. Das Megaphon hat ihnen die Polizei abgenommen. Nur die rote Anarchieflagge darf bleiben. "Das ist ein Banküberfall", erklären sie erstaunten Passanten: "Die Banken klauen unsere Steuergelder."

Auch in anderen Städten, darunter Heidelberg, Erfurt, Frankfurt und Berlin, setzten die Studierenden und Schüler mit symbolischen Banküberfällen und Besetzungen in einzelnen Universitäten ihre Proteste fort. In Berlin verlief der erste Banküberfall des Tages erfolglos.

Der Ticker des Bildungsstreik-Bündnisses meldete: "Trotz vorgehaltenen Wasserpistolen" habe sich die Leitung der Bank geweigert, das von den als Clowns verkleideten etwa zehn Aktivisten mitgebrachte "Rettungspaket für die Bildung zu unterschreiben". Mit den "Banküberfällen" sollte angeprangert werden, dass der Staat Milliarden zur Rettung der Banken aufbrachte, nicht aber für die Bildung.

Die etwa 200 Demonstranten in Marburg lassen sich ganz friedlich im Schneidersitz auf dem schmalen Gehweg vor dem Geldinstitut am Fuß der Marburger Oberstadt nieder. Von den Bankangestellten lässt sich keiner blicken. Rechtzeitig alarmiert von der Polizei haben sie den Eingang abgeschlossen, als die Studierenden auf die Bank zustürmten. Allerdings haben die Aktivisten selbst sie schon am Dienstag mit anonymen Schreiben vorgewarnt.

"Mit dem Thema Banküberfall darf man nicht spaßen"

Vor jeder Bank der Marburger City stehen Polizeiwagen. Schüler diskutieren eifrig mit den Beamten. Immerhin: Der Filialleiter der Dresdner Bank lässt sich auf ein Gespräch mit einer Delegation der Studierenden ein. Den Forderungskatalog der Aktivisten unterschreiben will er jedoch nicht. Schließlich fordern die Demonstranten einen monatlichen Beitrag von 50.000 Euro an den Sozialfonds des Allgemeinen Studierendenausschusses Marburg.

Waltraud Theis, Regionaldirektorin der benachbarten Volksbank Mittelhessen, ist froh, dass es ihre Bank nicht getroffen hat. Die Forderungen der Studierenden kann sie nachvollziehen, sagt sie. Aber die Art und Weise sei nicht in Ordnung: "Mit dem Thema Banküberfall darf man nicht spaßen."

Unterdessen verschaffen sich die Studierenden mit Protestliedern und Trompeten auch ohne Megaphon Gehör. "Wir bitten die Angestellten der Dresdner Bank, uns zu unterstützen", ruft einer. "Die Bildung kriecht, weil Scheiße regiert", skandieren die Demonstranten. Die Geschäftskunden müssen draußen bleiben.

Am Rande der Kultusministerkonferenz (KMK) in Berlin kam es zu einem knapp einstündigen Gespräch zwischen Studierenden und Kultusministern. Letztere sagten den seit Tagen protestierenden Studenten Nachbesserungen bei den umstrittenen Bachelor- und Masterstudiengängen zu. Überfüllte Hörsäle, eine nicht mehr zu verkraftende Stofffülle sowie zu wenig Betreuung durch die Dozenten ließen keinen Raum für ein vertieftes Studium, hatten die Studierenden kritisiert. Hinzu käme bereits vom ersten Semester an die Sorge, nach dem Bachelor- Abschluss nicht auch zum Master-Studium zugelassen zu werden.

Sachsen-Anhalts Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz (parteilos) widersprach den Studierenden, dass die neue Studienstruktur gescheitert sei. Olbertz und andere Kultusminister räumten aber "erhebliche Umsetzungsprobleme" ein. Sachsens Wissenschaftsministerin Eva-Maria Stange (SPD) kündigte an, man werde in der KMK "die sehr starren Rahmenempfehlungen" für die neue Studienstruktur überdenken.

Der Berliner Student Georg Frankl unterstrich die Forderung der Studierenden nach einer besseren finanziellen Ausstattung der Hochschulen, damit sie auch mehr Masterstudienplätze anbieten könnten.

Verbale Unterstützung erfuhren die Streikenden auch in einer von der Linken-Fraktion anberaumten Aktuellen Stunde im Bundestag. Vertreter sämtlicher Parteien zollten den Schülern und Studierenden großen Respekt. Eine "riesengroße Sache" hätten sie da auf die Beine gestellt und sich "bundesweit Gehör verschafft", erklärte die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Ulla Burchardt (SPD). "Beeindruckend" nannte die bildungspolitische Sprecherin der FDP, Cornelia Pieper, den Protest, Nele Hirsch (Linke) lobte: "schon jetzt ein Erfolg".

Dass die "vielerorts schlechten Lernbedingungen" die angeblich so politikferne Jugend für einen lautstarken Ruf nach einer neuen Bildungsoffensive auf den Plan gerufen habe, sei eine "positive Meldung", erklärte Kai Gehring für die Grünen. Von der Opposition wurde scharf kritisiert, dass Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) bei der Sitzung fehlte.

Vorsichtige Unterstützung für die Streikenden kam auch aus den Reihen der CDU: Die angestoßene Debatte sei "richtig und wichtig", sagte Michael Kretschmer. Allerdings sei in der Bildung auch "viel Gutes" bewegt worden: Qualifizierungsoffensive, Hochschulpakt und Konjunkturpaket seien große Schritte. Die Forderung nach mehr Demokratie seitens der Studierenden konterte die CDU-Abgeordnete Monika Grütters: "Dann gehen Sie doch zur Wahl wenn ihr eigenes Studierendenparlament gewählt wird. Wir tun hier das unsere - tun Sie das Ihrige!" (mit dpa)

Erschienen: Frankfurter Rundschau, 19.06.2009.